

Nach Paris: Allianz pro Schiene fordert "deutsche Verkehrspolitik auf den Prüfstand"

Im Pariser Klimaschutzvertrag haben sich 196 Staaten zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes verpflichtet. Diese Verpflichtung muss nun aber auch konsequent umgesetzt werden. Für Deutschland fordert die Allianz pro Schiene (ApS) daher nun ein entschiedenes Umlenken beim Thema Verkehr. Im Nachgang zur Pariser Konferenz fordert die Allianz pro Schiene konkrete politische Weichenstellungen, um den klimaschonenden Schienenverkehr und vor allem die über Gebühr belasteten deutschen Güterbahnen zu stärken.



Im Pariser Klimaschutzvertrag haben sich 196 Staaten zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes verpflichtet. Diese Verpflichtung muss nun aber auch konsequent umgesetzt werden. Für Deutschland fordert die Allianz pro Schiene (ApS) daher nun ein entschiedenes Umlenken beim Thema Verkehr.

Im Nachgang zur Pariser Konferenz fordert die Allianz pro Schiene konkrete politische Weichenstellungen, um den klimaschonenden Schienenverkehr und vor allem die über Gebühr belasteten deutschen Güterbahnen zu stärken.

„Der Schienengüterverkehr bezahlt EEG-Umlage, Stromsteuer und regelmäßig

steigende Trassengebühren, während der Lkw von niedrigen Diesel-Preisen und sinkenden Lkw-Mautsätzen profitiert“, sagte der ApS-Geschäftsführer Dirk Flege.

Während viele europäische Länder ihre Bahnen ganz von der Stromsteuer befreien, verlangt Deutschland EU-weit den zweithöchsten Satz. Hier könne die Politik sofort und unbürokratisch umsteuern, sagte der Allianz pro Schiene-Geschäftsführer.

EU-weit verursacht der Verkehr heute 20 Prozent mehr Treibhausgase als 1990. Haushalte, Energieerzeugung oder Industrie haben dagegen bereits deutliche Minderungen geschafft. „Schon ein Blick auf die Daten macht klar, dass die Arbeit jetzt erst richtig anfängt“, sagte Flege. „Klimaschutz im Verkehr sieht jedenfalls anders aus.“



[Alle Bilder anzeigen »](#)